

Beschluss



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

des Landesvorstandes vom 07.09.2006

NRW als Motor zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

1
2 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW stimmt dem Ministerpräsidenten
3 Jürgen Rüttgers ausdrücklich zu, dass wir an der Wahrheit scheitern werden, wenn wir sie nicht zur
4 Kenntnis nehmen.

5
6 **Wir stimmen zu**, dass die Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu weniger Arbeitslosigkeit führt. Je
7 schneller wir uns von dieser falschen Strategie verabschieden desto besser.

8
9 **Wir stimmen zu**, dass es von der Art der Steuersenkung abhängt, ob dadurch Investitionen
10 angereizt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Arbeitsmarktpolitische Effekte sind
11 vor allem von Steuerentlastungen zur Eigenkapitalbildung bei Personenunternehmen zu erwarten.

12
13 **Wir stimmen zu**, dass die Gesamtbelastung an Steuern und Sozialabgaben in Deutschland zu hoch
14 ist. Die Belastung des Faktors Arbeit in den Unternehmen, vor allem des Mittelstandes, muss so
15 ausgestaltet werden, dass sie wettbewerbsfähig sind.

16
17 **Wir stimmen zu**, dass die Nettolöhne in Deutschland nicht zu hoch sind. Die Menschen haben
18 netto zu wenig, aber sind als Arbeitnehmer brutto zu teuer. Die Differenz zwischen Brutto und
19 Netto ist das Problem für Arbeitsplätze in Deutschland.

20
21 **Wir stimmen zu**, dass der Anteil der nicht Qualifizierten am Arbeitsmarkt zu hoch ist. Deshalb sind
22 umfassende Anstrengungen zur Qualifizierung der Menschen ein unverzichtbarer Bestandteil
23 jeder Strategie zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

24
25 **Wir stimmen zu**, dass Arbeitgeber, die im Ausland investieren, nicht unpatriotisch sind.
26 Direktinvestitionen im Ausland sichern Arbeitsplätze hier bei uns. Nur wenn wir auf den Märkten
27 der Welt präsent sind, können wir unsere Position als Exportnation auch für die Zukunft sichern.

Dies gilt für die Industrie, aber auch für die tragende Säule unserer Wirtschaft, den gesamten Mittelstand.

Wir stimmen zu, dass Haushaltskonsolidierung Wachstum nicht verhindert. Nur ein zahlungsfähiger Staat kann wichtige Investitionen auch in der Zukunft tätigen, Sicherheit für kommende Generationen bieten und damit die Grundlage für Wirtschaftswachstum schaffen.

Wir stimmen zu, dass der Staat sich aus dem konsumtiven, nicht aber aus dem investiven Bereich weiter zurückziehen sollte. „Privat vor Staat“ ist ein Credo von Jürgen Rüttgers, von CDU und MIT. Der Staat muss den Ordnungsrahmen für mehr Wettbewerb sicherstellen. Er muss mehr Freiräume geben und sich auf Kernkompetenzfelder beschränken. Hier aber muss er leistungsfähig, effektiv und funktionsfähig sein.

„Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen, Verlässlichkeit statt Beliebigkeit“ – dies war und ist die Leitmaxime für den Neubeginn in Nordrhein-Westfalen unter Führung der CDU NRW. Nordrhein-Westfalen ist damit Reformmotor und Reformvorbild für ganz Deutschland. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft soll von Nordrhein-Westfalen ausgehen. Die Leipziger Beschlüsse sind wegweisend und stilprägend für das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Mit dieser programmatischen Positionierung stellt sich die CDU mutig der Wahrheit. Jürgen Rüttgers hat Recht: Nur wenn wir die Wahrheit zur Kenntnis nehmen, können wir die Welt im Sinne einer humanen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verändern.